

NRWSPD FORDERT: (FAST) ALLES FÜR DIE KOMMUNEN WO DIE MILLIARDEN AUS DEM NRW-ANTEIL DES SONDERVERMÖGENS INFRASTRUKTUR ANKOMMEN MÜSSEN

Länder und Kommunen erwarten 100 Milliarden durch das Sondervermögen des Bundes für die Infrastruktur. Die NRWSPD hat konkrete Vorstellungen, wie diese Mittel verteilt werden sollten.

Aus Sicht der nordrhein-westfälischen SPD muss der Großteil des vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Sondervermögens bei den Städten und Gemeinden ankommen. Die Partei fordert, dass mindestens 80 Prozent des Anteils der Landesregierung an die Kommunen weitergegeben werden.

MINDESTENS 80 PROZENT DER GELDER FÜR DIE KOMMUNEN

Drei Viertel der öffentlichen Infrastruktur befindet sich im Besitz der Städte und Gemeinden. Nur wenn sie finanziell entlastet werden, kann dem massiven Investitionsstau in den nordrhein-westfälischen Kommunen begegnet werden. Derzeit beträgt dieser laut Städte- und Gemeindebund bereits rund 50 Milliarden Euro.

Dabei muss sich die Verteilung der Mittel auch am Anteil derer orientieren, die Sozialleistungen beziehen. Sarah Philipp, Vorsitzende der NRWSPD unterstreicht: „Die Investitionen müssen dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.“

fließen. Zudem soll es einen Fördertopf für den Ankauf von Bestandswohnungen geben, damit Kommunen und Genossenschaften schnell auf die steigende Nachfrage reagieren können.

NRWSPD FORDERT: NRW-ANTEIL DES SONDERVERMÖGENS DAHIN, WO ES AM DRINGENDSTEN GEBRAUCHT WIRD

Illustration: Made x Made from the Noun Project

**80% DER GELDER DIREKT
AN DIE KOMMUNEN IN NRW**

Konkret heißt das: Städte und Gemeinden, die hohe Soziallasten stemmen müssen und auch deshalb weniger investieren können, erhalten einen höheren Anteil. Die Anzahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften je 100.000 Einwohner*innen soll dabei die zentrale Variable sein. **Diese Forderungen hat der Landesvorstand der NRWSPD am 21. März 2025 einstimmig beschlossen.**

WOHNUNGSMARKT GEZIelt ENT- SCHÄRFEN UND INVESTITIONS- GESELLSCHAFTEN STÄRKEN

Einen Investitionsschwerpunkt soll die Landesregierung außerdem auf bezahlbaren Wohnraum legen. »Schon heute fehlen jährlich über 50.000 Wohnungen, um den Bedarf zu decken«, sagt Sarah Philipp. »Bis 2030 werden zudem rund 160.000 der derzeit etwa 427.000 geförderten Wohneinheiten in NRW aus der Preisbindung fallen.« Hier sei gegenzusteuern, um die Wohnungsmarktkrise zu entschärfen. Konkret sollen die Mittel aus dem Sondervermögen über kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften in den Bau neuer Wohnungen

Außerdem fordert die NRWSPD, dass das Land mit seinem Anteil an dem Sondervermögen vor allem in die Bereiche Bildung, Verkehr und Klimaschutz investiert. Um das zu ermöglichen und regionale Langzeitprojekte stemmen zu können, fordert die nordrhein-westfälische SPD, Teile der Mittel gezielt zur Stärkung lokaler und regionaler Investitionsgesellschaften einzusetzen.

GELD „ON TOP“ – NICHT FÜR HAUSHALTSLÜCKEN

Mit dem Geld ist also der Weg frei, um das Land zu reparieren. Wichtig sei dabei aber, dass es „on top“ bei den Kommunen ankommen müsse. Klar sei, es dürfe nicht zum Füllen von Haushaltslücken zweckentfremdet werden. Das unterstreicht Jochen Ott, SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender: »Das Land darf da keine klebrigen Finger bekommen und das Geld zum Stopfen eigener Haushaltslöcher nutzen.« Der Beschluss der NRWSPD ist hier einzusehen:

<https://nrwspd.link/Vorwärts-Beschluss-Sondervermögen>



Foto: Jörg Holtkamp

»Die Investitionen müssen dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.«

Sarah Philipp Vorsitzende der NRWSPD

PROTESTE NACH İMAMOĞLU-VERHAFTUNG: OPPOSITION GEHÖRT NICHT INS GEFÄNGNIS

Istanbuls Bürgermeister der sozialdemokratischen CHP, Ekrem İmamoğlu, gilt als aussichtsreichster Gegner des türkischen Präsidenten Erdoğan bei den nächsten Präsidentschaftswahlen. Im März wurden der Bürgermeister von Istanbul und rund 100 weitere Personen, die mit ihm in Verbindung stehen, festgenommen – kurz vor seiner Benennung zum Präsidentschaftskandidaten. Die SPD kritisiert das Vorgehen scharf.

Die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu ist ein Schlag gegen politische Herausforderer des türkischen Präsidenten Erdoğan.



» Wir verurteilen in aller Schärfe die politische Verhaftung von Ekrem İmamoğlu und fordern seine sofortige Freilassung und die Freilassung aller politisch Inhaftierten. «

Sarah Philipp

Die Gründe für die Festnahme gleichen den Argumenten, die Erdoğan bereits gegen andere politische Herausforderer erhoben hatte. Korruption und Verbindungen zu Terrororganisationen werden dem Bürgermeister von Istanbul vorgeworfen. Bewiesen ist nichts. Deshalb und aufgrund des Zeitpunkts sehen viele Expert*innen in der Verhaftung einen Angriff auf die freien Wahlen in der Türkei.

Die SPD steht klar an der Seite İmamoğlus. Am Samstag, den 29. März, hat NRWSPD-Vorsitzende Sarah Philipp bei einer Solidaritätsdemo in Düsseldorf deutliche Worte gefunden: »Wir verurteilen in aller Schärfe die politische Verhaftung von Ekrem İmamoğlu und fordern seine sofortige Freilassung und die Freilassung aller politisch Inhaftierten.«

INTERVIEW ZUR LAGE IN DER TÜRKEI

Volkan Baran ist integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW. Die Vorwärts-Redaktion der NRWSPD hat mit ihm zur Lage in der Türkei gesprochen.



Seit der Verhaftung gibt es viele Proteste im Land. Wie wirken sich die Festnahmen und Proteste auf die politische Situation in der Türkei aus?

VOLKAN BARAN: Die Proteste zeigen deutlich den wachsenden Widerstand gegen die Regierungspolitik, denn sie sind so gravierend wie seit 10 Jahren nicht. Diese politische Polarisierung könnte sich weiter verstärken und die Stabilität des Landes gefährden.

Welche Folgen sind für Deutschland und die hier lebenden Menschen aus der Türkei zu erwarten?

In Deutschland ist die türkische Community auch gespalten, insbesondere hinsichtlich der Unterstützung für die AKP. Viele Deutschtürk*innen, die der AKP nahe stehen, sind über Erdoğan's Entgleisungen empört, während andere trotzdem loyal bleiben. Diese Spaltung führt zu Spannungen innerhalb der Community, belastet auch Familien und persönliche Beziehungen.

Warum ist es gerade jetzt so wichtig, Solidarität mit İmamoğlu, den anderen Inhaftierten und der SPD-Schwesterpartei CHP zu zeigen?

Wir sollten unsere Stimme erheben und die türkische Regierung aufordern, die politischen Gefangenen freizulassen und die Grundrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu respektieren, auch die der Opposition. Dies ist ein wichtiges Zeichen für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei. ■

KOMM ZUM LANDES-PARTEITAG DER NRWSPD

WANN

Samstag,
10. Mai 2025
ab 10:00 Uhr

WO

Mercatorhalle Duisburg,
Landfermannstraße 6,
47051 Duisburg

Mit dabei: die NRWSPD-Vorsitzenden Sarah Philipp und Achim Post, der NRWSPD-Generalsekretär Frederick Cordes und viele weitere spannende Gäste.

MELDE DICH JETZT AN:



<https://nrwspd.link/nrwspd-landesparteitag2025-vw>

DU KANNST NICHT VOR ORT SEIN?
SCHAU DIR DEN LANDES-PARTEITAG VON ZUHAUSE IM LIVESTREAM AUF YOUTUBE AN:



<https://nrwspd.link/NRWSPD-YOUTUBE>

WIR FREUEN UNS AUF DICH!

FRAUENPOLITISCHER FRÜHJAHRSEMPFANG DER NRWSPD-VORSITZENDEN SARAH PHILIPP IM JOHANNES-RAU-HAUS

»VERNETZUNG UND AUSTAUSCH SIND DAS A UND O«

NRWSPD-Vorsitzende Sarah Philipp hat im März zum Frauenpolitischen Frühjahrsempfang eingeladen. Was ihr dabei besonders wichtig war: eine Möglichkeit der gegenseitigen Vernetzung schaffen.



Während im Hintergrund eine vollständig mit Frauen besetzte Band spielte, ging es an den Stehtischen und in den Talks auf der Bühne um notwendige frauenpolitische Maßnahmen und persönliche Erfahrungen, die die Teilnehmerinnen des Frauenpolitischen Frühjahrsempfangs der NRWSPD-Vorsitzenden Sarah Philipp in der politischen Arbeit gemacht haben.

Mit dabei waren Frauen, die in verschiedenen Rollen und Funktionen für die SPD tätig sind. Immer im Vordergrund dabei: der Austausch und die Vernetzung – auch über den Empfang hinaus. ■



»Gerade auch mit Blick auf die Kommunalwahl in NRW im September 2025 und die vielen Frauen, die dann hoffentlich für unsere Kommunalparlamente kandidieren werden, war es mir ein Anliegen, eine Möglichkeit der gegenseitigen Vernetzung und des Austauschs zu schaffen. Vernetzung und Austausch sind das A und O.«

Sarah Philipp

ANZEIGE

**WIR HANDELN
FÜR DEUTSCHLAND.
WIR VERHANDELN
FÜR DICH.**



JETZT ENTSCHEIDEST DU. STIMME AB!

Fragen zum Koalitionsvertrag oder zum Mitgliedervotum? Alle Antworten gibt's hier:
SPD.DE/regierungsbildung

SPD Soziale Politik für Dich.

DIE NRWSPD GRATULIERT IM MÄRZ UND APRIL ...



IMPRESSUM

Herausgeber: Frederick Cordes, SPD-Landesverband NRW,
Johannes-Rau-Haus, Kavalleriestraße 12, 40213 Düsseldorf

Redaktion: Lukas Günther, Leon Gunselmann, Jörg Holtkamp,
Melvin Klein, Luisa Rabenschlag, Simon Schlenke, Lina Wattad

E-Mail: vorwaerts@nrwspd.de | **Internet:** www.nrwspd.de